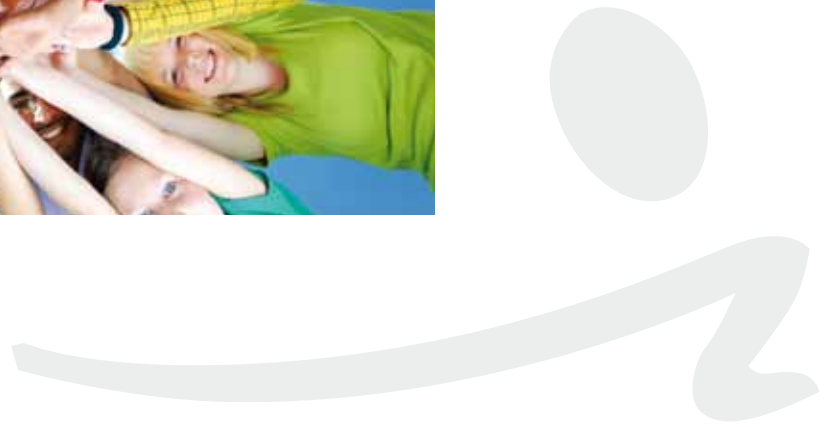


JEDEM KIND IN FRANKFURT EINE CHANCE GEBEN





INHALT

Grußwort	5
Einleitende Worte	7
Zukunft für Frankfurter Kinder sichern	8
1. Möglichkeit zu gedeihlichem, gesunden Aufwachsen	10
2. Eröffnung von Entwicklungs-/Bildungschancen	12
3. Stärkung von Elternkompetenzen	18
4. Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf	20
5. Familienfreundliche Stadtplanung/-entwicklung	23
6. Bürgerengagement für junge Menschen	24
Weiteres Vorgehen	26
Anhang	27
Grafik: Jugendhilfe in Frankfurt am Main	28
Antrag des Jugendhilfeausschusses an die Stadtverordnetenversammlung	30
Anlage zum Antrag des JHA	32



GRUSSWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

im Jahr 2008 startete in Frankfurt ein dezernats- und ämterübergreifender Diskussions- und Arbeitsprozess, in dessen Mittelpunkt die Verbesserung der Teilhabe- und Entwicklungschancen aller Frankfurter Kinder und Jugendlichen stand. Der Prozess war so angelegt, dass bereits während seines Verlaufs bestehende Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien weiterentwickelt und viele neue Projekte umgesetzt werden konnten.

Die Ergebnisse fasste der Jugendhilfeausschuss schließlich im „Programm zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Frankfurt am Main“ zusammen. Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hat das Programm im März 2012 zustimmend zur Kenntnis genommen und damit zur Grundlage künftiger Planungen gemacht.

Ich bin sehr froh, dass in den zentralen Fragen ein so

breiter Konsens erzielt werden konnte. „Die Zukunft für Frankfurter Kinder sichern!“ Diesem Motto getreu wird in den Einrichtungen und Ämtern der Stadt gedacht und gestaltet, um maßgeschneiderte Angebote für Familien und Kinder bereitzustellen.

Allen, die in den unterschiedlichsten Bereichen an den Entwicklungen der vergangenen Jahre mitgewirkt haben, möchte ich herzlich danken. Ich bin mir sicher, dass wir auch weiterhin gemeinsam für eine familienfreundliche Stadt arbeiten.

Ihre

Daniela Birkenfeld

Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld



EINLEITENDE WORTE

Liebe Leserin, lieber Leser,

nachdem ich 2008 die Leitung des Jugend- und Sozialamtes der Stadt Frankfurt am Main übernommen hatte, war die Gründung und Leitung der stadtverwaltungsweiten Arbeitsgruppe „Zukunft für Frankfurter Kinder sichern“ eines meiner ersten Projekte. Ich habe diesem Thema von Anfang an hohe Bedeutung beigemessen und es liegt mir bis heute besonders am Herzen.

Das Wohl der Heranwachsenden in unserer Stadt zu fördern und zu schützen, empfinde ich persönlich als eine schöne und wichtige Verpflichtung.

Zusammen mit dem Magistrat und dem Jugendhilfeausschuss haben wir, die Vertreterinnen und Vertreter der städtischen Dezernate und Ämter, daran gearbeitet, wie wir mehr Chancengerechtigkeit schaffen können. Das ist ein ehrgeiziges Ziel und es bedarf der Anstren-

gung aller. Viele kleine und große Schritte sind dazu notwendig. Deshalb haben wir mit unterschiedlich großen Projekten und Maßnahmen begonnen und sind, wie ich meine, auf dem richtigen Weg. In dieser Broschüre stellen wir vor, was unternommen wurde, was sich bewährt hat und was weitergeführt werden soll.

Bitte unterstützen Sie die Arbeit an diesem wichtigen Thema. Es kommt den Heranwachsenden unserer Stadt zugute.

Amtsleiterin Christiane van den Borg

ZUKUNFT FÜR FRANKFURTER KINDER SICHERN

Den Kindern in Frankfurt am Main gute Entwicklungschancen zu ermöglichen, das war das Ziel aller Beteiligten, nachdem der Jugendhilfeausschuss die dezernats- und ämterübergreifende Arbeitsgemeinschaft „Zukunft für Frankfurter Kinder sichern“ ins Leben gerufen hatte. Verstärkung der Prävention sowie Verbesserung und Sicherstellung der Entwicklungs- und Teilhabechancen für alle Kinder in unserer Stadt waren die Schwerpunkte, die sie sich gesetzt hatte.

Seit der ersten Zusammenkunft der Akteure unter dem Vorsitz der Leiterin des Jugend- und Sozialamtes, Christiane van den Borg, am 12. September 2008 hat sich viel verändert. Schon in der Dokumentation der Beiträge und Ergebnisse zu Armut und sozialer Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen „Zukunft für Frankfurter Kinder sichern“ aus dem Jahre 2009 wurde dargelegt, welche vielfältigen Anstrengungen in den Ämtern und Betrieben der Stadt unternommen worden sind. Inzwischen sind aus Projekten dauerhafte Maßnahmen

geworden. Über diese positiven Entwicklungen möchte die vorliegende Dokumentation berichten und auch der Frankfurter Öffentlichkeit darlegen, welche zusätzlichen Leistungen diese Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger vorhält, um materielle und Bildungsarmut zu verhindern. Sie stellt aber nur eine kleine Auswahl aus dem breitgefächerten Unterstützungs- und Hilfsangebot vor, das den sozialen Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft ausbaut und sichert.

Der Jugendhilfeausschuss hatte zum Wohle der Kinder und Jugendlichen folgende Leitziele formuliert:

1. Möglichkeit zu gedeihlichem, gesunden Aufwachsen

Jedes Mädchen und jeder Junge soll die Chance haben, gesund und sicher aufzuwachsen.

2. Eröffnung von Entwicklungs-/Bildungschancen

Jedem Jungen und jedem Mädchen soll die

Förderung und Bildung zuteilwerden, die ihm faire Zukunftschancen eröffnen.

3. Stärkung von Elternkompetenzen

Jede Mutter und jeder Vater soll die Chance erhalten, Angebote der Erziehungsfähigkeit wahrzunehmen.

4. Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Für Mütter und Väter sollen sich Familie und Beruf leichter vereinbaren lassen.

5. Familienfreundliche Stadtplanung/-entwicklung

Für jedes Kind soll es ausreichend Platz zum Wohnen und für Spiel, Sport und Aufenthalt im Freien geben.

6. Bürgerengagement für junge Menschen

Jeder Bürger und jede Bürgerin soll darin gestärkt werden, (Mit-)Verantwortung für Kinder und Jugendliche zu übernehmen.

Nach drei Jahren lässt sich feststellen, dass das ressortübergreifende Vorgehen Früchte getragen hat und selbstverständlicher Teil der Arbeit in der Verwaltung geworden ist. Die Bekämpfung von Benachteiligung erfordert Querschnittsdenken und kann nur im Zusammenspiel der unterschiedlichen kommunalen Akteure Wirkung zeigen. Diese Erkenntnis hat die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ämtern der Frankfurter Stadtverwaltung einen großen Schritt vorangebracht. Die gelungene Vernetzung ist den Frankfurter Familien unmittelbar zugutegekommen: Eine Vielzahl von Angeboten ist in den letzten Jahren durch Kooperationen entstanden und viele davon werden, weil die gute Resonanz dafür spricht, in Zukunft regelhaft durchgeführt.

1. MÖGLICHKEIT ZU GEDEHlichem, GESUNDEN AUFWACHSEN

Im Folgenden stellen wir zu den entsprechenden Leitsätzen Entwicklungen vor, die allen Kindern mit ihren Familien Zukunftsperspektiven schaffen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt erleichtern oder überhaupt erst möglich machen. Eine Auflistung der Magistratsvorlagen und -berichte dazu finden Sie im Anhang.

1. Möglichkeit zu gedeihlichem, gesunden Aufwachsen

Jedes Mädchen und jeder Junge soll die Chance haben, gesund und sicher aufzuwachsen.

An der Erstellung einer Konzeption zur Verbesserung der Qualität vorhandener Angebote im Sozialraum und ihrer Vernetzung wird ämter- und dezernatsübergreifend gearbeitet. Eine Bestandsaufnahme von wirksamen Angeboten in Frankfurter Stadtteilen zur Unterstützung und Förderung von Familien, Kindern und Jugendlichen im Hinblick auf Bildung und Gesundheit ist vorgenommen

worden. In Interviews mit Experten wurde erörtert, welche Präventionsmaßnahmen notwendig und zweckmäßig sind. Nachdem die Auswertungen der Bestandsaufnahme und der Interviews vorliegen, wird das Konzept derzeit fertiggestellt.

In Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Gesundheit und dem Wohnungsamt wurden für Familien mit behinderten Kindern individuelle Problemfälle gelöst.

Die Kooperation zwischen Sportamt und dem Amt für Gesundheit erleichtert Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen die Mitgliedschaft in Sportvereinen und die Teilnahme an Sport und Spiel.



2. ERÖFFNUNG VON ENTWICKLUNGS-/BILDUNGSCHANCEN

Jedem Jungen und jedem Mädchen soll die Förderung und Bildung zuteilwerden, die ihm faire Zukunftschancen eröffnen. Zu diesem Ziel tragen die vielfältigen Betreuungsangebote an Frankfurter Schulen wesentlich bei. So zum Beispiel das Pilotprojekt der Offenen Frankfurter Ganztagschule.

Offene Frankfurter Ganztagschule

Gruneliuschule

Entwicklungen in Oberrad durch die Pilotphase im Rahmen der Offenen Frankfurter Ganztagschule

Aus der Ganztagsplanungsgruppe ist das Kindernetzwerk entstanden. Das Netzwerk besteht neben Vertretern der Schule und des Fördervereins auch jeweils aus einer Person eines Horts, eines Kindergartens, einer Krippe, eines Sportvereins, einer Kirchengemeinde. Dies bedeutet einen Paradigmenwechsel: Die Schule plant nicht mehr nur für sich, sondern gemeinsame, abgestimmte

Planungen sind an diese Stelle getreten. Im Rahmen des Kooperationsbudgets hat ein Workshop am 13.12.2011 mit dem Institut Zielkunft stattgefunden. Die Ergebnisse der Veranstaltung sind, dass eine Geschäftsordnung für das Kindernetzwerk entwickelt und die nächsten Schritte abgestimmt wurden (u. a. Leitbild wird an einem Projekttag vorgestellt s. u.).

Dieses gemeinsame Leitbild wurde von Pädagogen (LehrerInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen) und Eltern anhand von Fragebögen entwickelt. Mit den Schülerinnen und Schülern wurde im Klassenverband bzw. im Rahmen eines World-Cafes zu dem Thema gearbeitet. Aus diesen Auswertungen entstand ein Entwurf des gemeinsamen Leitbildes für die Erwachsenen und einer in kindgerechter Sprache. Nach Abstimmung dieser Leitbildentwürfe im Netzwerk wird von der AG Leitbild ein Vorschlag für einen Projekttag Anfang des neuen Schuljahres entwickelt, an dem in der Schule und den sich beteiligenden Betreuungseinrichtungen das Leitbild

bei den Kindern eingeführt und der Inhalt konkret thematisiert (spielerisch etc.) werden soll.

• Lernorte:

Einführung der Gleitzeit/des offenen Anfangs für die 1.+2. Klassen und der Lernwerkstatt (freies Arbeiten etc.)

• Verbesserung der Zusammenarbeit:

(genauer) Wissen um die Arbeit, Arbeitsweise der anderen Institutionen, die Wege sind kürzer und schneller bzw. effizienter geworden und haben gemeinsam die Kinder im Blick

• Erfolgsfaktoren:

externe Begleitung durch das Institut Zielkunft, gemeinsames Interesse an Inhalten bzw. an der Weiterentwicklung des Ganztagsangebots

Willemerschule

Im Schulbezirk der Willemerschule kristallisierten sich zwei zentrale Kooperationsthemen heraus, an denen institutionenübergreifend gearbeitet wird:



1) Lernzeiten statt Hausaufgaben

Die Schule und benachbarte Bildungs- und Betreuungseinrichtungen entwickelten gemeinsam ein Konzept zur Umsetzung von „Lernzeiten statt Hausaufgaben“, in das im weiteren Verlauf der neue Träger der Pädagogischen Mittagsbetreuung einbezogen wurde. Die Umsetzung der Lernzeiten befindet sich aktuell in einer einjährigen Probephase. Nach Auskunft der Schule beurteilen die Kinder die Lernzeit positiv, da sie zum einen Ansprechpartnerinnen/Ansprechpartner bzw. Unterstützerinnen/Unterstützer vor Ort haben. Zum anderen steht ihnen der Nachmittag frei, um schulische und außerschulische Angebote in Anspruch zu nehmen. Die Lehrerinnen/Lehrer begrüßen die Lernzeiten, da noch individueller auf den Entwicklungsstand und die Bedarfe einzelner Kinder eingegangen werden kann. Die Mehrheit der Eltern steht den Lernzeiten offen gegenüber, vereinzelt gilt es mit Ängsten der Eltern gegenüber dieser Umstellung umzugehen.



2) AG „Koordination der Nachmittagsangebote im Schulbezirk“

Unter Beteiligung von VertreterInnen der Kinderzentren, der Schule, der Eltern und des Stadtschulamtes konstituierte sich die genannte AG.

Zunächst wurde eine Bestandsaufnahme der Angebote der Institutionen im Schulbezirk durchgeführt. Zudem wurden die Wünsche der Kinder und deren Eltern eruiert.

Ziele sind u. a. die (Weiter)Entwicklung von klaren Kooperationsstrukturen sowie die Schaffung einer transparenten und aufeinander abgestimmten Angebotsplanung für die Kinder und deren Familien.

Liebfrauenschule

Im Schulbezirk der Liebfrauenschule waren im Vorfeld der Pilotphase zur Offenen Frankfurter Ganztagschule bereits institutionalisierte Kooperationsstrukturen vorhanden, die intensiviert und ausgebaut werden konnten.

Die Lernzeit ist nach wie vor das Thema, das die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Nachbereitungsgruppe aus dem Schulbezirk der Liebfrauenschule weiterverfolgen wollen, mit dem Ziel, dieses im Schulbezirk der Liebfrauenschule gemeinsam umzusetzen. Dazu hat die Schule gemeinsam mit den umliegenden Kindertageseinrichtungen und in Abstimmung mit deren Trägern vor, ein Modell zu den Lernzeiten und der damit verbundenen veränderten Tages- und Arbeitsstruktur zu entwickeln.

(Magistratsbericht B 19 /2012 - Schule und Jugendhilfe im Wandel (Ergebnisse der Pilotphase „Offene Frankfurter Ganztagschule“))

Freizeit- und Ferienangebote

- Der „Runde Tisch Kinder- und Jugendtheater“ tagt kontinuierlich und arbeitet an einem „Kinderkulturführer für Frankfurt“.
- Die Projektaktion „Kindermuseum unterwegs“ fand im laufenden Jahr wieder erfolgreich in Kooperation

mit dem Frankfurter Programm „Aktive Nachbarschaft“ statt.

- Das Kinderkulturprogramm „Frankfurter Flöhe“ konnte in zwei weiteren Stadtteilen des Frankfurter Programms „Aktive Nachbarschaft“ regelhaft ausgeweitet werden.
- Die Projektwoche zu einem kulturellen Thema findet regelmäßig in den jeweiligen Osterferien mit durchschnittlich zehn Kinderhäusern statt.
- Die Ausweitung der Ferienfreizeitangebote mit 2.300 Plätzen übertraf die Planungen deutlich.
- Das Pilotprojekt der Subventionierung der Teilnahme von kulturellen Aktivitäten konnte durch das Stadtschulamt fortgesetzt werden.
- Anfang 2011 wurden über die Familienhebammen des Amtes für Gesundheit fünfzig Gutscheine an betreute Familien verteilt, um den Kindern die kostenlose Teilnahme am Kinderkulturprogramm „Frankfurter Flöhe“ zu ermöglichen.



Stadtbücherei

Die Stadtbücherei mit ihren vier gut erreichbaren Bibliothekszentren, der Zentralbibliothek, der Zentralen Kinder- und Jugendbibliothek, 12 Stadtteilbibliotheken, der Fahrbibliothek und über 90 Schulbibliotheken im Verbund der Schulbibliothekarischen Arbeitsstelle fördert die Integration und Chancengleichheit durch kostenfreie, differenzierte Angebote und stärkt die Medien-, Lese- und Informationskompetenz. Für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre sind die Ausleihe aller Medien, die Nutzung von Leseförderangeboten und die Schüler-Info kostenlos. Der Internetzugang in der Bibliothek ist für alle Besucher kostenfrei.

Die Angebote richten sich an unterschiedliche Zielgruppen. Fremdsprachige, niedrigschwellige und anspruchsvolle Medien laden zur Identifikation ein.

Die Zusammenarbeit mit Schulen und Kindergärten ist sehr eng, es werden Führungen für Kindergruppen angeboten und Medienangebote speziell für Pädagogen. Es gibt Leseförderaktionen für Schule und Kindergarten und eine LernWerkstatt in allen öffentlichen Bibliotheken.

3. STÄRKUNG VON ELTERNKOMPETENZEN

Jede Mutter und jeder Vater soll die Chance erhalten, Angebote der Erziehungsfähigkeit wahrzunehmen.

Die Arbeit der Kinder- und Familien-Zentren und die bereits vorhandenen Angebote der Frühen Hilfen wurden durch die Ausweitung der sozialräumlichen Familienbildung verstärkt. Seit 2010 hat sich die Zahl der durchgeführten Projekte von 24 auf 39 erhöht.

Ein gelungenes Beispiel für eine sozialräumlich orientierte aktivierte Nachbarschaft von der Elternpaare wie auch Alleinerziehende profitieren, ist das Projekt „Begrüßungspaten“ im interkulturellen Treff Sonnentau am Frankfurter Berg.



Derzeit sind dort vier geschulte Familien-Begrüßungspatinnen ehrenamtlich im Einsatz und führen Willkommensbesuche bei Familien mit Neugeborenen durch. Einmal im Jahr wird für die Familien, die in den letzten 12 Monaten Nachwuchs bekommen haben, ein kleines familiäres Willkommensfest gegeben. Im Jahr 2011 haben zwanzig Familien teilgenommen.

Die Erfahrungen sind durchweg ermutigend. Die persönlichen Besuche werden von nahezu allen Familien sehr positiv aufgenommen. Nur vereinzelt lehnen Familien den Besuch ab, kommen aber dann in den Familientreff Sonnentau, um das Begrüßungspräsent und die Informationen zum Angebot der Familienbildung (offener Treff, Themencafé) dort entgegenzunehmen. Das besondere an diesem Projekt ist, dass zu Familien Kontakt aufgenommen wird, die nicht von sich aus zu Einrichtungen der Familienbildung gehen. Im Rahmen von Willkommensfesten, Familienfesten im Stadtteil und Patenschaften wird gute Nachbarschaft und Kommunikation praktiziert.

Im Kinder- und Familienzentrum Fechenheim entstand zwischen dem Träger des Zentrums, dem Frauengesundheitszentrum und der Erziehungsberatung der Kommunalen Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (KKJF) eine ausgezeichnet funktionierende Zusammenarbeit, die ratsuchenden Eltern den Weg zu einem vertrauensvollen Gespräch erleichtert.

Die Stadtbücherei organisiert in Kooperation z. B. mit dem Familiencafé (Griesheim), Donne Italiane (Gallus), der Internationalen Bibliothek und dem Lernstudio (Gallus) interkulturelle Veranstaltungen für Eltern mit Migrationshintergrund.



4. FÖRDERUNG DER VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

Für Mütter und Väter sollen sich Familie und Beruf leichter vereinbaren lassen.

Es entstand eine bilaterale Kooperation zwischen dem Jobcenter Frankfurt GmbH und dem Jugend- und Sozialamt „Stark mit Kind“, die der beruflichen Orientierung von Müttern mit Kindern unter 12 Monaten dient. Durch die enge Zusammenarbeit des Jugend- und Sozialamtes mit einem Frankfurter Bildungsträger, war dieses Projekt äußerst erfolgreich. Durch Coaching der jungen Mütter und eine Kinderbetreuung vor Ort wurden vorzeitige Abbrüche der Ausbildung vermieden. Die Absolventinnen gelangen nach dem Abschluss direkt in Arbeit oder in ergänzende Integrationsmaßnahmen, wie zum Beispiel Sprach- und Integrationskurse.

Der Ausbau der flexiblen Kinderbetreuung, ist die Voraussetzung für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und auch für die Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen für alleinerziehende Eltern. Es wurden in den letzten Jahren enorme Anstrengungen beim quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung unternommen, die zu einer deutlichen Verbesserung bei der Versorgung mit Zweidrittel- und Ganztagsplätzen für Vorschulkinder, Hortplätzen und Krippenplätzen geführt haben. So stieg das Gesamtangebot an Betreuungsplätzen von 2008 bis 2010 um 3021. Am höchsten war der Zuwachs bei den Plätzen für unter 3-Jährige: Es wurden in diesem Zeitraum 1338 neue Plätze geschaffen.



Die Stadtbücherei hat, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, Öffnungszeiten familienfreundlich gestaltet, so gibt es Samstagsöffnungen in den Zentren und Sonderöffnungen (Familienvormittage) in den kleineren Bibliotheken. Darüber hinaus ist die generelle Ausweitung der Öffnungszeiten der ÖBs in Planung.

Alleinerziehende sind nach wie vor die Bevölkerungsgruppe, die das höchste Armutsrisiko hat und ihre Zahl nimmt stetig zu. Der Begriff „Armut“ ist in diesem Fall nicht nur wirtschaftlich zu definieren, sondern betrifft auch die Chancen auf Bildung und ganz allgemein die gesellschaftliche Teilhabe. Um den alleinerziehenden Eltern das tägliche Leben ein wenig einfacher zu machen, hat das Frauenreferat den „Wegweiser Alleinerziehende“ herausgegeben (2010), der stark nachgefragt wurde und seit 2011 auch online abgefragt werden kann. (www.frauenreferat.frankfurt.de)





5. FAMILIENFREUNDLICHE STADTPLANUNG/-ENTWICKLUNG

Für jedes Kind soll es ausreichend Platz zum Wohnen und für Spiel, Sport und Aufenthalt im Freien geben.

Zwischen dem Jugend- und Sozialamt und dem Stadtplanungsamt finden Besprechungen statt, die nicht nur Themen der familienfreundlichen Stadtplanung umfassen, sondern die sich mit allen Zielgruppen beschäftigen. Schnittmengen sind Lebensräume, Freizeiträume, Bewegungsräume und soziale Infrastruktur.

Auf Initiative unserer Amtsleitung ist eine regelmäßige Routinebesprechung mit dem Stadtplanungsamt entstanden. Es geht dabei um Zielgruppen jeglichen Alters, nicht nur um Familien mit Minderjährigen. In den bisherigen Besprechungen ging es beispielsweise um Themen wie:

- Gebiete „Aktive Nachbarschaften“
- sozialwohnungsberechtigte Haushalte
- Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“

- Umfrage zur Wohnsituation älter werdender Menschen (50plus)
- Sozialraummonitoring
- Wohngemeinschaften für Demenzkranke

So findet eine wechselseitige Information beispielsweise über die Gebiete der „Aktiven Nachbarschaft“ und ihre Laufzeiten, über sozialwohnungsberechtigte Haushalte und das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ statt.



6. BÜRGERENGAGEMENT FÜR JUNGE MENSCHEN

Jeder Bürger und jede Bürgerin soll darin gestärkt werden, (Mit-)Verantwortung für Kinder und Jugendliche zu übernehmen.

- Über den sehr erfolgreichen Einsatz von Ehrenamtlichen im Projekt „Begrüßungspaten“ am Frankfurter Berg wurde unter Leitsatz 2 bereits berichtet.
- In 37 Frankfurter Schulen engagiert sich die Initiative Frankfurter Lesepatinnen mit derzeit 130 Ehrenamtlichen. Die Lesepatinnen und -paten fördern Lesefähigkeit und Leseverständnis, also ganz allgemein die Sprachkenntnisse der Kinder. Die Bereitschaft zum Engagement unter den Bürgerinnen und Bürgern ist groß: die Zahl der Lesepatinnen und -paten hat sich innerhalb eines Jahres versechsfacht.



- In den Stadtbüchereien sind zurzeit über 300 Personen ehrenamtlich im Rahmen von Leseförderaktionen (z. B. Lesefreude) sowie zur Sicherung der erweiterten Öffnungszeiten tätig. Daneben gibt es neun stadtteilbezogene Fördervereine für öffentliche Bibliotheken.

Um den Bürgerinnen und Bürgern, die sich ehrenamtlich in Stadtbüchereien engagieren, Wertschätzung und Anerkennung zu zeigen, wird alljährlich im November der „Ehrenamtsdank“ veranstaltet. Ein Fest, in dessen Rahmen der „Goldene Bibliotheksausweis“ verliehen wird. Grundsätzlich besteht auch hier ein erfreulich großes Interesse an der ehrenamtlichen Arbeit in öffentlichen Büchereien und Schulbibliotheken, die allerdings entsprechender Koordination durch Fachkräfte bedarf.



Weiteres Vorgehen:

Die Ad-hoc-AG des JHA hat ein „Programm zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Frankfurt“ erarbeitet, das dem Antrag des JHA folgend am 29. März 2012 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden ist. Dieses Programm betont erneut die Notwendigkeit des Querschnitthandelns innerhalb der Stadtverwaltung und im Zusammenspiel mit den Akteuren der freien Jugendhilfe. Im Vordergrund steht der Ausbau präventiver Strukturen, um milieuspezifischen und sozialräumlichen Armutsgefährdungen entgegenzuwirken.

- Die Ämter setzen die in ihrer unmittelbaren Zuständigkeit liegenden Maßnahmen und Projekte in eigener Verantwortung um und werden sich weiter übergreifend abstimmen, damit auf aktuelle Anforderungen unmittelbar reagiert werden kann. Der Benachteiligung junger Menschen und ihrer Familien

kann nur durch beständige Aufmerksamkeit und unmittelbare Reaktion auf Fehlentwicklungen begegnet werden. Förderung ist nur dann wirkungsvoll, wenn sie kurz-, mittel- und langfristig erfolgt.

- Die ämterübergreifende Kooperation ist die geeignete Plattform, um die Abstimmung und den Austausch über alle Maßnahmen, die diesem Ziel dienen, sicherzustellen.
- Strukturelle Fragen und Gestaltungsansätze sollen gemeinsam durch die Dezernate und Ämter fortgeführt bzw. entwickelt werden.
- Eine wichtige Rolle in diesem Prozess hat der Jugendhilfeausschuss (JHA) unter dem Vorsitz der Sozialdezernentin Stadträtin Prof. Dr. Birkenfeld gespielt. Er hat die Umsetzung des Programms weiter auf seiner Agenda.

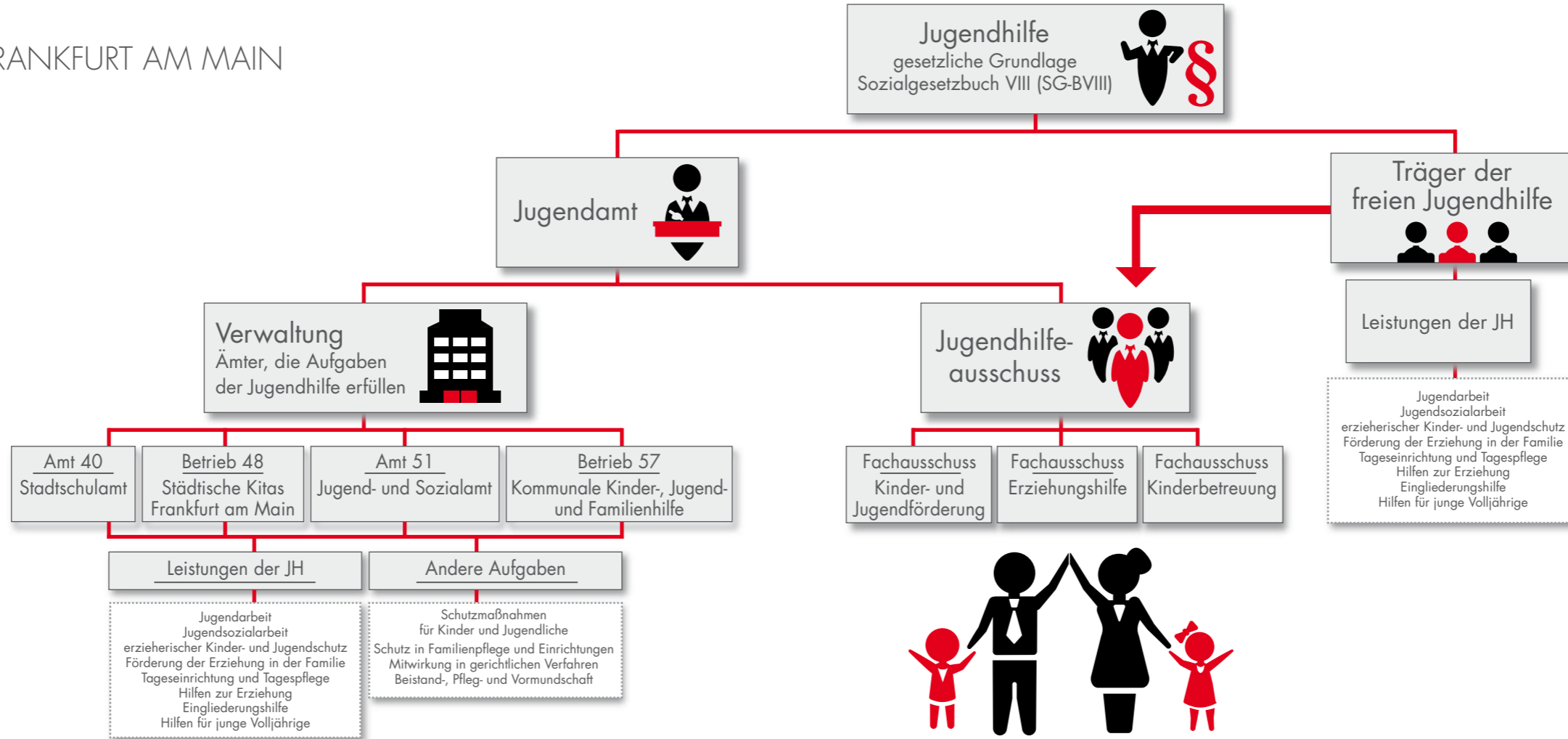
Anhang:

Struktur der Jugendhilfe in Frankfurt am Main:

Antrag des Jugendhilfeausschusses NR 198 mit Programm „Zukunft für Frankfurter Kinder sichern“ §1437 Beschlussausfertigung aus der 10. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.03.2012

Auswahl von Vorlagen des Magistrats zum Thema „Zukunft für Frankfurter Kinder sichern“ aus den Jahren 2007 bis 2012

JUGENDHILFE IN FRANKFURT AM MAIN



Antrag des Jugendhilfeausschusses an die Stadtverordnetenversammlung gem. § 71 (3) SGB VIII (Beschluss des JHA vom 05.09.2011)

„Zukunft für Frankfurter Kinder sichern“ – Programm zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Frankfurt am Main

Der Jugendhilfeausschuss (JHA) hat sich in seiner Sitzung am 05.09.2011 mit dem beigefügten Bericht der Ad-hoc-AG des JHA befasst und wie folgt beschlossen:

1. Der JHA nimmt den Bericht der Ad-hoc-AG „Zukunft für Frankfurter Kinder sichern“ und das vorgelegte „Programm zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Frankfurt“ zustimmend zur Kenntnis und erklärt das Programm zur grundlegenden Orientierung für anstehende Entscheidungen in seinem Zuständigkeitsbereich.

2. Der JHA leitet das „Programm zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Frankfurt“ seinen Fachausschüssen als Orientierung bei der Vorbereitung anstehender Beschlussempfehlungen in ihrem jeweiligen Aufgabenbereich zu.

3. Der JHA legt das „Programm zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Frankfurt“ der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnisnahme vor und schlägt vor, dieses „Programm zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Frankfurt“ zu beraten und zu beschließen.

Begründung:

Der JHA hat sich im Jahr 2008 intensiv mit dem Thema Kinderarmut befasst und am 24.11.2008 folgenden Grundsatzbeschluss gefasst:
„Der JHA sieht die Verwirklichung der Chancengleich-

heit für Kinder und Jugendliche als Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung. Ziel ist die aufeinander abgestimmte Bündelung und Vernetzung der aktuellen Maßnahmen zur Erhöhung der Teilhabechancen in Form einer kommunalen Strategie zur Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen in Frankfurt am Main.“

Der JHA hat sich in der Folge mit der Weiterarbeit an dieser Querschnittsaufgabe intensiv befasst und im März 2010 eine Ad-hoc-AG eingesetzt, um für den JHA inhaltliche Beschlüsse aus den erarbeiteten Vorlagen zu sichten und vorzubereiten. Der JHA hat das durch die Ad-hoc-AG vorgelegte „Programm zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Frankfurt am Main“ zur grundlegenden Orientierung für anstehende Entscheidungen in seinem Zuständigkeitsbereich erklärt. Er sieht weiteren Handlungsbedarf in dieser Querschnittsaufgabe und schlägt daher der Stadtverordneten-

versammlung vor, das „Programm zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Frankfurt am Main“ zu beraten und zu beschließen.

Anlage zum Antrag des JHA vom 05.09.2011 an die Stadtverordnetenversammlung

„Zukunft für Frankfurter Kinder sichern“ – Programm zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Frankfurt am Main

Vorbemerkung

Der Jugendhilfeausschuss (JHA) hat am 24.11.2008 folgenden Grundsatzbeschluss gefasst:

„Der JHA sieht die Verwirklichung der Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche als Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung. Ziel ist die aufeinander abgestimmte Bündelung und Vernetzung der aktuellen Maßnahmen zur Erhöhung der Teilhabechancen in Form einer kommunalen Strategie zur Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen in Frankfurt am Main.“

Mit Beratung und Beschlüssen am 22.6.2009 und am 14.12.2009 hat der JHA die Weiterarbeit an dieser Querschnittsaufgabe unterstützt. Eine Ad-hoc-AG wurde im März 2010 eingesetzt, um für den JHA inhaltliche Beschlüsse zu sichten und vorzubereiten.

Die Ad-hoc-AG hat sich im Zeitraum vom März bis zum Januar 2010 zu zehn Beratungen getroffen und legte dem JHA im Januar 2011 eine erste Fassung „Beschlussempfehlungen“ dieser Leitlinien vor. Auf seiner Sitzung vom 7.2.2011 nahm der JHA diese Beschlussempfehlungen zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung, „Beschlussempfehlungen und Vorschläge der Ad-hoc-AG unter monetären, fachlichen und rechtlichen Aspekten sowie unter Fragen der Zuständigkeiten zu prüfen und zu kommentieren.“ Ferner bat der JHA die Ad-hoc-AG, „unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung eine Priorisierung der gegebenen Beschlussempfehlungen und Anregungen zu erarbeiten.“ Die Ämter 40 und 51 legten im April 2011 eine ent-

sprechende Stellungnahme vor. Der JHA beauftragte in seiner Sitzung am 2.5.2011 die Ad-hoc-AG, „unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung vom April eine Priorisierung der gegebenen Beschlussempfehlungen und Anregungen vorzunehmen.“

Die Ad-hoc-AG hat sich seit Mai 2011 siebenmal getroffen. Der Ad-hoc-AG gehörten zuletzt je zwei Vertreter/innen des JHA und des FA Erziehungshilfe, je ein/e Vertreter/in des FA Kinderbetreuung und des FA Kinder- und Jugendförderung sowie zwei Vertreter/innen des Stadtschulamtes und drei Vertreter/innen des Jugend- und Sozialamtes an. Das hier vorliegende Programm zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Frankfurt am Main wurde von der AG einvernehmlich verabschiedet.

Leitlinien

1. Neben dem kommunalen Gewicht der Stadt Frankfurt in der politischen Diskussion auf Bundesebene (Anhebung der Regelsätze für Kinder im SGB II (-Leistungsbezug) oder auf Landesebene (Landesförderung zur Ganztagschulentwicklung) sollen die kommunalen Ansatzpunkte zur Bekämpfung von Einkommens- und Bildungsarmut weiter entwickelt und ausgebaut werden. Die Jugendhilfe stellt sich dieser Herausforderung.
2. Leitmotto aller Jugendhilfeakteure für eine Frankfurter Strategie sollte sein, alle durch Einkommens- oder Bildungsarmut gefährdeten Frankfurter Kinder und Jugendlichen und deren Familien möglichst früh dort abzuholen, wo sie sind und präventive Hilfen in einem Netzwerk fachfeld- und trägerübergreifender Angebote bedarfsgerecht und dort, wo es notwendig ist, sozialräumlich vorzuhalten.

3. Für alle Frankfurter Kinder und Familien sollen Ernährung und Gesundheit, Arbeiten und Wohnen, Betreuung und Bildung, Erziehung und kulturelle sowie soziale Teilhabe unabhängig von deren sozialen oder deren rechtlichen Status ermöglicht und gesichert werden.

Ziele und Aufgaben

Um die Zukunftschancen aller Frankfurter Kinder zu sichern, wird als notwendig erachtet, dass

1. eine neue verbindliche Jugendhilfestruktur zur sozialräumlichen Steuerung der Akteure vor Ort auf regionaler Stadtebene (Bezirke der Sozialrathäuser) und in den Stadtteilen zügig aufgebaut wird, wobei Planungen und Programme der Jugendhilfeaufgaben mit Planungen und Programmen der Schulentwicklung organisatorisch und fachlich abzustimmen sind;

1.1 Der Notwendigkeit zu integriertem Handeln und Koordinationsverantwortung der öffentlichen Verwaltung auf Stadtebene entspricht auf der Ebene des Sozialraums die Aufgabe zur Initiierung präventiver Verbundsysteme. Dazu wird das Jugend- und Sozialamt ein Konzept zur Einrichtung von Planungskonferenzen erarbeiten, das die Sozialrathäuser und die Akteure im Sozialraum einbezieht. Zielrichtung ist die sozialräumliche Jugendhilfeplanung und Angebotssteuerung.

Zuständig: Amt 51
Zusätzlicher Ressourcenbedarf: wird durch das Konzept beziffert

1.2 Auf der Ebene der Sozialrathäuser oder in definierten Sozialräumen darunter können unter Federführung des Jugend- und Sozialamtes und unter Beteiligung von Vertreter/innen der jeweils relevanten örtlichen Akteure anlassbezogenen Arbeitsgruppen gebildet werden, die sich der wohnortnahen Versorgung von Problemfällen,

präventiven Zugängen in Risikogruppen/Milieus und der Initiierung zielgruppenspezifischer Settings bzw. der Bildung von Verbundsystemen/Präventionsketten annehmen. Ein entsprechendes Konzept wird vom Jugend- und Sozialamt erarbeitet und dem JHA vorgestellt. In diesem Konzept werden die Aufgaben der Sozialrathäuser hierbei bzw. in diesen Arbeitsgruppen verbindlich beschrieben.

Zuständig: Amt 51
Zusätzlicher Ressourcenbedarf: wird durch das Konzept beziffert

1.3 Präventions- und sozialrelevante Daten unterschiedlicher Institutionen vor Ort (Sozialrathaus, Jobcenter, Schulen, Kitas, Jugendhaus etc.) werden im Sozialraum den Planungskonferenzen und anlassbezogenen Arbeitsgruppen zur Optimierung der sozialräumlichen Jugendhilfeplanung und zur sozialräumlichen Angebotssteuerung zur Verfügung gestellt.

Zuständig: Amt 51 und Amt 40
Zusätzlicher Ressourcenbedarf: keiner

Um die Zukunftschancen aller Frankfurter Kinder zu sichern, wird als notwendig erachtet, dass

2. die bestehenden kommunalen Infrastrukturen des öffentlichen Trägers und der freien Träger der Jugendhilfe und verschiedenen Hilfsmaßnahmen und Ressourcen auf die Querschnittsaufgabe „Zukunft für Frankfurter Kinder sichern“ konzeptionell fokussiert werden und konzeptionelle Kooperations- und Anschlussfähigkeiten in präventiven Netzwerken hergestellt werden;

2.1 Integriertes Handeln zwischen Dezernaten und Ämtern, die Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien verantworten, sowie dem Jobcenter Frankfurt am Main ist in Frankfurt zur Umsetzung vieler notwendiger Hilfen erforderlich. Die Dezernate II und VIII bzw.

die Ämter 40 und 51 bilden auf der operativen Ebene eine Arbeitsgruppe, zu der bei Bedarf auch Vertreter/innen anderer Ämter eingeladen werden.

Diese Arbeitsgruppe soll darauf hinwirken, dass

- die gegenseitige Abstimmung der Angebote für Kinder- und Jugendliche erfolgt;
- geeignete Verfahrenswege zur Umsetzung der jeweiligen Hilfemaßnahmen (z. B. Betreuungsplätze für Kinder von Alleinerziehenden und deren Integration in Ausbildung und/oder Beschäftigung, etc.) abgestimmt werden;
- in strittigen Kosten- und Finanzierungsfragen ein Austausch zwischen den zuständigen Dezernaten und Ämtern hergestellt wird, um geeignete Lösungen zu finden.

Zuständig: Amt 51 und Amt 40

Zusätzlicher Ressourcenbedarf: keiner

2.2 Die Beteiligung aller geförderten Jugendhilfeträger in Frankfurt am Main an einer Intervention gegen Kinderarmut ist eine verpflichtende Aufgabe für alle Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe und kann nicht an das Engagement einzelner Dienste oder Personen delegiert werden. Die Beteiligung aller Einrichtungen am Aufbau verbindlicher Präventionsketten in den verschiedenen Fachfeldern der Kinder- und Jugendhilfe soll durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- Eine Verpflichtung aller Jugendhilfeträger zu ihrem Beitrag gegen Kinderarmut
Hierzu sollen konzeptionelle und inhaltliche Aufgabenbeschreibungen zur Arbeit mit Kindern und Familien aus Risikogruppen in allen Förder- und Leistungsvereinbarungen und in den bestehenden Richtlinien der jeweiligen Fachfelder verbindlich aufgenommen werden.

Zuständig: Amt 51

Zusätzlicher Ressourcenbedarf: keiner
(bei sukzessiver Umsetzung)

- Etablieren einer verbindlichen Form der Zusammenarbeit der verschiedenen Fachfelder.
In allen relevanten Förder- und Leistungsvereinbarungen sowie in den bestehenden Richtlinien sollen die Formen der Zusammenarbeit zwischen den betreffenden Fachdiensten verbindlicher geregelt werden. Im Hinblick auf die komplexen Problemlagen bei benachteiligten Personen gilt es, übergreifend integrierte Handlungsansätze zwischen den Fachfeldern zu etablieren. Wo möglich, sollen dazu im Rahmen vorhandener Ressourcen als Rahmen integrierte Handlungs- und Förderprogramme entwickelt werden.

Zuständig: Amt 51 und Amt 40

Zusätzlicher Ressourcenbedarf: keiner

- Eine verbindliche Kooperation mit den Jugendhilfeträgern und dem jeweiligen Sozialrathaus. Dies soll dadurch erreicht werden, dass konkrete sozialräumliche Kooperationsformen vorrangig in den Fördervereinbarungen und Leitlinien der jeweiligen Fachfelder festgelegt werden.

Zuständig: Amt 51

Zusätzlicher Ressourcenbedarf: keiner

- Eine Verpflichtung auf eine ressourcenorientierte Haltung in der Jugendhilfe.
Hierzu sollen die Jugendhilfeträger verbindliche und regelmäßige Fortbildungsmaßnahmen und Supervisionsangebote für ihre Fachkräfte anbieten, z. B. zur Vermeidung der Benachteiligung von Risikogruppen in der Aufnahmepraxis von Betreuungseinrichtungen etc.

Zuständig: Amt 51 und Amt 40

Zusätzlicher Ressourcenbedarf: keiner

2.3 Die Zusammenarbeit der Fachkräfte und Einrichtungen mit den Eltern sowie die jeweils geeignete Beteiligung der Eltern in den verschiedenen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe ist sicherzustellen. Die Qualitätsstandards in allen Zuschussrichtlinien sowie Förder- und Leistungsvereinbarungen verbindlich und, wo notwendig, auch in ihren zeitlichen sowie personellen Anforderungen zu konkretisieren. Bei den stationären und teilstationären Jugendhilfen sind mit Bezug auf den Stellenwert der Elternarbeit der Aufbau von Kapazitäten wohnort- bzw. familiennaher Unterbringungen zu fördern.

Zuständig: Amt 51 und Amt 40,
Zusätzlicher Ressourcenbedarf: keiner

2.4 Die Einrichtungen und Träger bestehender Angebote und Hilfen sollen für Kinder, Jugendliche und deren Familien in einer Fokussierung auf die Begleitung von biographischen Übergängen in andere Lebensabschnit-

te sowie im Hinblick auf individuelle Krisensituationen neue kooperative Formen der Zusammenarbeit entwickeln. Hierfür sollen Projekte überprüft und den Erfordernissen entsprechend angepasst werden.

Zuständig: Amt 51 und Amt 40,
Zusätzlicher Ressourcenbedarf: keiner

Um die Zukunftschancen aller Frankfurter Kinder zu sichern, wird als notwendig erachtet, dass

3. notwendig erachtete Bildungs- und Jugendhilfemaßnahmen mit Hilfe zusätzlicher bzw. freier werdender Haushaltsmittel mit dem Ziel, vorrangig präventive Strukturen zu stärken, weiter ausgebaut und neu in Angriff genommen werden.

Mit **erster Priorität** soll der Ausbau der folgenden bestehenden Angebote und Dienste erfolgen:

3.1 Der Ausbau und die konzeptionelle Weiterentwicklung sozialräumlicher Familienbildung einschließlich der Entwicklung qualitativer Standards für Familienzentren als Kooperationseinrichtungen von Erziehungsberatungsstellen, Schulen, Kitas u. a. soll als präventiver Ansatz mit Priorität vorangetrieben und kommunal finanziert werden.

a) die bisherigen zusätzlichen Zuschussmittel für Projekte der sozialräumlichen Familienbildung sollen verstetigt werden.

Zuständig: Amt 51
Zusätzlicher Ressourcenbedarf: 400.000/Jahr

b) die Familienbildungsstätten leisten einen wichtigen Beitrag zur Armutsprävention. Die Regelförderung ist anzupassen, damit sichergestellt ist, dass dieser Beitrag erfüllt werden kann. Die AG 78 Familienbildung setzt einen Förderbetrag von 250.000 € pro Familienbildungsstätte an.

Zuständig: Amt 51 und Amt 40
Zusätzlicher Ressourcenbedarf: 1,4 Mio./Jahr

3.2 Die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit leisten einen wichtigen, eigenständigen Beitrag zur Armutsprävention für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Milieus. Sie sind Lernorte für informelle und non-formale Bildungsprozesse. Daher ist eine dauerhafte Sicherung und, wo notwendig, ein Ausbau vorhandener Ressourcen auch auf dem Hintergrund der Ganztagschulentwicklung erforderlich.

Zuständig: Amt 51
Zusätzlicher Ressourcenbedarf: siehe Prozess zur Weiterentwicklung der offenen Kinder- und Jugendarbeit

3.3 Die personelle Verstärkung der Kindertageseinrichtungen in Gebieten mit besonderen erzieherischen Bedarfen (Befö), sollen entsprechend der Sozialbericht-

erstattung ausgebaut werden. Ebenso soll der weitere Ausbau von Kitas zu Kinder- und Familienzentren (KiFaZ) erfolgen.

Zuständig: Amt 40

Zusätzlicher Ressourcenbedarf: Kosten pro Befö-Einrichtung und Jahr 20.000 – 40.000

Kosten pro KiFaz pro Jahr: 90.000 €

3.4 Ein quantitativer Ausbau der Jugend-, Familien- und Erziehungsberatung soll vorangetrieben werden, um den vielfältigen fachlichen Kooperationsanforderungen gerecht zu werden und gleichzeitig die Beratungsbedarfe Frankfurter Familien milieunah im Sinne aufsuchender psychologischer Beratung besser abdecken zu können.

Zuständig: Amt 51

Zusätzlicher Ressourcenbedarf: 1,5 Mio./Jahr
= 1 Stelle zuzüglich Sachkosten pro Erziehungsberatungsstelle)

3.5

a) Der flächendeckende Ausbau der Jugendhilfe in der Schule – insbesondere auch in der Grundschule – soll weiter verfolgt und konzeptionell mit den bestehenden Förderprogrammen bzw. Angebotsformen abgestimmt werden.

b) Der Ausbau der Projekte „Jugendhilfe in der Schule“ in den Realschulen soll erfolgen.

c) Darüber hinaus soll nach dem Strukturmodell „Offene Frankfurter Ganztagschule“ eine stadtweite bedarfsgerechte Versorgung mit Ganztagschulen schrittweise aufgebaut werden.

Zuständig: Amt 40

Zusätzlicher Ressourcenbedarf:

zu a) für flächendeckenden Ausbau der sozialpädagogischen Kleinprojekte (SPKP) 500.000/Jahr

zu b) 810.000/Jahr

(9 Realschulen x 90.000 pro Jahr)

zu c) pro Grundschule bis 800 Schülern: ca.140.000 €/Jahr

pro Grundschule ab 800 Schülern: ca.170.000/Jahr

Mit **zweiter** Priorität sollen folgende neue Vorhaben in Angriff genommen werden:

3.6 Einsatz kompetenter Nachbarschaftshelfer/-innen: Durch die Erprobung des Einsatzes qualifizierter Multiplikatoren/-innen aus der Nachbarschaft (z. B. „Kiezläufer/-innen“ etc.) im Rahmen von vier bis sechs Pilotprojekten zur Aktivierung von schwer zugänglichen Milieus (z. B. Kinder/Familien ohne Aufenthaltsstatus etc.) in ausgewählten Stadtteilen.

Zuständig: Amt 51

Zusätzlicher Ressourcenbedarf: ca. 20.000 pro Jahr und Stadtteil je nach Umfang des Projekts

3.7 Zur Förderung zielgruppenspezifischer und sozialräumliche Projekte unter Einbeziehung authentischer Vorbilder aus den Risikomilieus und zur Förderung selbstorganisierter Unterstützung in den Milieus (z. B. Schaworalle, Eritreff u. a.) bzw. zur Begleitung selbstorganisierter Treffpunkte (z. B. Frauentreff Frankfurter Berg u. a.) sollen Zuschussrichtlinien erarbeitet und Haushaltsmittel vorgesehen werden.

Zuständig: Amt 40 und Amt 51

Zusätzlicher Ressourcenbedarf: wird durch das Konzept beziffert

3.8 Die Qualifizierung und Vermittlung von Multiplikatoren für spezialisierte Zugänge in Risikomilieus: Hierzu soll ein Pool von geeigneten Multiplikator/-innen aufgebaut werden, die bei Bedarf zur Mediation bei nachbarschaftlichen Konflikten abgerufen werden können.

Zuständig: Amt 51 (JHA :Etatantrag)
Zusätzlicher Ressourcenbedarf: pro Einsatz ca.
10.000 €/Jahr

Mit **dritter** Priorität werden im Weiteren folgende Vorhaben umgesetzt:

3.9 Die Ferienspiele und die Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche sollen bedarfsgerecht weiter entwickelt werden.

Zuständig: Amt 51
Zusätzlicher Ressourcenbedarf: keiner

3.10 Der flächendeckende Ausbau eines subventionierten gesunden Mittagessens in Schulen und in Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit soll weiter verfolgt werden. Im Einzelfall muss auch kostenfreies Essen ermöglicht werden. Vorrangig ist der Ausbau der Mittagessensversorgung an den Schulen. Der Pädago-

gische Mittagstisch in den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit wird dort angeboten, wo entsprechende Angebote an Schulen fehlen.

Zuständig: Amt 40 und Amt 51
Zusätzlicher Ressourcenbedarf: keiner

3.11 Für die nachfolgenden Leistungen für Kinder im SGB II- und SGB XII-Leistungsbezug sowie im Wohngeldbezug und mit Kinderzuschlag besteht ein Anspruch auf Übernahme von Kosten bzw. Beiträgen im Rahmen des „Bildungs- und Teilhabepakets“. Dazu soll auf kommunaler Ebene eine vereinfachte Form der Gewährung und Umsetzung dieser Leistungen im Zusammenwirken mit den vorhandenen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit vereinbart werden. Mit der Einbeziehung der vorhandenen sozialen Infrastruktur bei der Erbringung der Leistungen soll die dort laufende Förderung von Kindern und Jugendlichen verstärkt und unterstützt werden. Auf Bundesebene ist von

kommunaler Seite auf eine Veränderung der Leistungsgewährung und Erhöhung der Sätze hinzuwirken.

Folgende Leistungen sind hier gemeint:

- die Übernahme von Mitgliedsbeiträgen für Frankfurter Kinder und Jugendliche in Sport- und Kulturvereinen,
- die Übernahme von Kosten für Frankfurter Kinder und Jugendliche für die Teilnahme an Ausflügen, Freizeiten, Bildungs- und Kulturveranstaltungen,
- die Übernahme von Kosten für Frankfurter Kinder und Jugendliche für die Teilnahme an Klassenfahrten, Übernahme von Lernmittelkosten und die Kosten für das Schulausstattungspaket am Schuljahresanfang.

Zuständig: Amt 51 und Amt 40
Zusätzlicher Ressourcenbedarf: keiner

3.12 Die Vergünstigungen für Frankfurter Kinder und Jugendliche zur Nutzung des ÖPNV sollen erweitert werden. Für Frankfurt-Pass-Inhaber soll die kostenfreie

Nutzung angestrebt werden.

Zuständig: Amt 51
Zusätzlicher Ressourcenbedarf: ca. 5,7 Mio/Jahr (bei rund 14.400 minderjährigen FP-Inhaber/innen, bei Nutzung der Clever-Card, ohne Anrechnung des Anteils für Verkehrsdienstleistungen aus dem Regelsatz in Höhe von mtl. 13,50 €; bei Erhebung dieses Anteils als Eigenanteil beläuft sich der Mehrbedarf auf ca. 3,4 Mio.)

3.13 Die Abschaffung der Stufe 4 bei Elternentgelten in Kindertageseinrichtungen soll realisiert werden. In einem weiteren Schritt soll der Wegfall der häuslichen Ersparnis, d. h. die kostenfreie Kinderbetreuung für Familien in SGB II-Leistungsbezug und Menschen mit unterstem Einkommen, angestrebt werden.

Zuständig: Amt 40 und Amt 51
Zusätzlicher Ressourcenbedarf: ca. 6,7 Mio.

Um die Zukunftschancen aller Frankfurter Kinder zu sichern, wird als notwendig erachtet, dass

4. Wissen über sozialräumliche und milieuspezifische Armutsgefährdungen und Möglichkeiten der Armutsbewältigung von Frankfurter Kindern, Familien und Risikogruppen gezielt generiert und unter Beachtung datenschutzrechtlicher Notwendigkeiten kommuniziert wird.

4.1 Im Rahmen der Frankfurter Sozialberichterstattung, Bildungsberichterstattung und/oder in Kooperation mit Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen sollen in Untersuchungen die speziellen Risikomilieus/Risikogruppen für Kinderarmut in Frankfurt identifiziert und dann genauer analysiert werden.

Ziel ist, für diese verschiedenen Risikomilieus/Risikogruppen ein Mehr an Wissen zu generieren, um kulturspezifische Bedingungen, Wirkungen und Bewältigung

gen sowie Erziehungs- und Bildungsoptionen aufzuzeigen und daraufhin zielgerichtete Maßnahmen ergreifen zu können.

Zuständig: Amt 51 Sozialberichterstattung
Amt 40 Bildungsberichterstattung
Zusätzlicher Ressourcenbedarf: keiner

4.2 Für eine zielführende Konzeptentwicklung und Ressourcensteuerung der Politik, der Ämter und Dezernate sowie der freien Träger wird für notwendig erachtet, dass Untersuchungen und Forschungsprojekte auf Stadt- und Sozialraumebene durchgeführt und deren Ergebnisse kommuniziert werden, um die Wirkung von einzelnen Jugendhilfemaßnahmen und ganzen Präventionsketten zu bestimmen.

Zuständig: Amt 51
Zusätzlicher Ressourcenbedarf: ½ Stelle und 100.000 pro Jahr

4.3 Als wesentlicher Baustein für ein Wissensmanagement wird eine Datenbank zur Übersicht der vielfältigen Hilfeangebote in den verschiedenen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe Frankfurts aufgebaut

Zuständig: Amt 40 und Amt 51
Zusätzlicher Ressourcenbedarf für den Aufbau der Datenbank: jeweils ½ Stelle in Amt 40 und in Amt 51; ca. 60.000 pro Jahr für Sachmittel

Ad-hoc-AG des JHA
Stand: 26.08.2011

§1437 Beschlussausfertigung aus der 10. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.03.2012

(Ausschuss für Bildung und Integration, 19.03.2012)
(Ausschuss für Soziales und Gesundheit, 23.02.2012)
(KAV, 13.02.2012)

„Zukunft für Frankfurter Kinder sichern“ – Programm zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Frankfurt am Main
Antrag des Jugendhilfeausschusses vom 19.01.2012, NR 198 hierzu: Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 23.02.2012, NR 242
Beschluss:

I. Der Vorlage NR 198 wird im Rahmen der Vorlage NR 242 zugestimmt.

II. 1. Die Stadtverordnetenversammlung bedankt sich bei den Mitgliedern der Ad-hoc-AG des Jugendhilfeausschusses für die geleistete Arbeit und nimmt das

vom Jugendhilfeausschuss vorgelegte Programm zur „Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Frankfurt“ zustimmend zur Kenntnis. Das Programm stellt einen wesentlichen Schritt auf dem Weg zur weiteren Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen Frankfurter Kinder und Jugendlicher dar.

2. Die Stadtverordnetenversammlung bittet die beteiligten Dezernate, die in dem Programm formulierten Leitlinien in ihre Arbeit aufzunehmen und das Programm sowohl in enger Kooperation miteinander als auch mit dem Jugendhilfeausschuss zur Erreichung der beschriebenen Ziele und Aufgaben umzusetzen und weiterzuentwickeln.

3. Die im Programm formulierten Beschlussempfehlungen und Anregungen sind unter monetären, fachlichen und rechtlichen Aspekten sowie unter Fragen der Zuständigkeiten von der Verwaltung bereits geprüft und

von der Ad-hoc-AG priorisiert worden. Die vorgelegte Priorisierung soll dabei zur Orientierung für anstehende Entscheidungen dienen. (NR 242)

III. Die Wortmeldungen der Stadtverordneten Schubring, von Wangenheim, Latsch, Brillante, Stock, Reiningen, Siegler, Förster, Hübner und Heuser sowie der Stadträtinnen Prof. Dr. Birkenfeld und Sorge dienen zur Kenntnis.

Eine Auswahl von Vorlagen des Magistrats zum Thema „Zukunft für Frankfurter Kinder sichern“ aus den Jahren 2007 bis 2012

B 19/2012 Schule und Jugendhilfe im Wandel (Ergebnisse der Pilotphase „Offene Frankfurter Ganztagschule“)

B 3/2011 Erfahrungsbericht der Koordinierungsstelle Kinder zur Lebenssituation Frankfurter Kinder

B 259/2011 Gegen Kinderarmut - Koalition beim Wort genommen

B 259/2010 Ferienfreizeiten und Klassenfahrten für Frankfurter Kinder und Jugendliche ausbauen!

B 300/2010 Bekämpfung von Kinderarmut und Bildungsarmut

B 53/2008 Kindesmisshandlung - Wie gut sind Frankfurter Kinder geschützt?

M 195/2007 „Frühe Hilfen“ - Konzept. Prävention von Kindesvernachlässigung in Frankfurt am Main

Diese Vorlagen können unter <http://www.stvv.frankfurt.de/parlis/index.htm> aufgerufen werden.

Herausgeber: Stadt Frankfurt am Main,
Jugend- und Sozialamt

Gestaltung, Satz,
Lektorat: K2 Werbeagentur GmbH,
Frankfurt

Produktion: Engelswerk, Seligenstadt

Bildnachweis: Stadt Frankfurt am Main,
Stadtbücherei, Seite 17

Stand: März 2012

